



junge liberale
Niederbayern

Antragsbuch

Bezirkskongress der Jungen
Liberalen Niederbayern



Nr.	Titel	Antragsteller
1	Gott richtet im Himmel und nicht auf Erden	KV Passau
2	NetzDG abschaffen – In dubio pro libertate	KV Passau
3	Praxisorientierte Pflegeausbildung – Gegen Akademisierung und Generalistische Ausbildung in der Pflege	KV Straubing/Regen/Deggendorf
4	Schulsponsoring – #DenkenWirNeu!	KV Landshut
5	Normen von europäischen Verkehrssicherheitsvorschriften	KV Landshut
6	Jäger und Sportschützen – Ab wann greift der Artenschutz?	Bezirksarbeitskreis Programmatik
7	#FreeDeniz - Wirtschaftssanktionen gegen die Türkei	David Berends, Ramin Nikkho, Alexander Finzel

001

Antragsteller: KV Passau

1 **Gott richtet im Himmel und nicht auf Erden**

- 2 Die Jungen Liberalen stehen dafür ein, dass sämtliche religiösen Symbole, insbesondere
3 Kopftücher und Kruzifixe, weder offen am Körper von staatlichen Organen wie Richtern
4 und Staatsanwälten im Sitzungssaal getragen, noch im Sitzungssaal selbst hängen sollen.
5 Das Grundgesetz geht von einer strikten Trennung von Staat und Kirche aus. Richter und
6 Staatsanwälte sollen in ihrem Amt eine neutrale und unparteiische Außenwirkung
7 vermitteln, die gerade in Strafsachen das Vertrauen der Bürger in den Rechtsstaat und
8 dem rechtsstaatlichen Handeln der Gewalten stärkt.
9 Die freizeitliche Gestaltung der betroffenen Personen bleibt von dieser Forderung
10 unberührt.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

1 NetzDG abschaffen – In dubio pro libertate

- 2 Die Jungen Liberalen setzen sich für eine Aufhebung des Netzdurchsetzungsgesetzes
- 3 (NetzDG) ein.

Begründung:

Das NetzDG wurde erlassen, um strafrechtlich relevante Posts, Kommentare oder sonstige Äußerungen in sozialen Netzwerken „effizienter“ löschen und aus der Debatte im sozialen Netzwerk entfernen zu können. Dabei werden die privaten Betreiber der sozialen Netzwerke verpflichtet, strafbare Inhalte zu finden und aus ihren Plattformen zu entfernen. Sollten sie dieser Pflicht nicht nachkommen, drohen Bußgelder zwischen fünfhunderttausend und fünf Millionen Euro.

Das NetzDG ist aus fünf Gründen abzulehnen:

1. Der Staat überträgt seine Verantwortung, Handlungen als strafbar zu qualifizieren und zu verfolgen auf Private und droht bei einer Nichterfüllung der Pflicht mit Bußgeldern, die von der Höhe an der Grenze zum Erträglichen liegen. Dadurch wird das staatliche Gewaltmonopol auf Private übertragen. Google, Facebook und Twitter würden zum Richter erhoben werden.
2. Die Meinungsfreiheit wird gefährdet. Der Grat zwischen einer zulässigen, einer widerlichen, jedoch zu ertragenden und einer strafbaren Meinungsäußerung ist äußerst schmal und wird oft nicht einmal von Fachgerichten richtig bemessen. In vielen Fällen mussten Strafurteile wegen Beleidigung erst durch das Bundesverfassungsgericht aufgehoben werden. Aus diesem Grund darf es nicht Privaten überlassen bleiben, zwischen der Zulässigkeit und Unzulässigkeit einer Meinungsäußerung zu entscheiden. Im Zweifel würde angesichts der hohen Bußgelder die Wahrung der Meinungsfreiheit hinter der Angst vor Repression zurücktreten. Die sozialen Netzwerke zeigen im Ergebnis eine Entwicklung auf, die so grundstürzend ist, wie es die des Buchdrucks war (Baecker, Studien zur nächsten Gesellschaft, 2007, 7 ff.). Die sozialen Netzwerke haben den öffentlichen Meinungs Austausch im hohen Maße geprägt. Die politische Willensbildung, der Wahlkampf als auch die Diskussion von Gemein- bis Bundesbelange wird durch die sozialen Netzwerke gefördert und im wesentlichen Maße gestützt. Das NetzDG gefährdet durch die Einschränkung und Überwachung der sozialen Netzwerke durch ihre Betreiber grundlegend die Meinungsfreiheit.
3. Der Anwendungsbereich des NetzDG umfasst nur soziale Netzwerke mit zwei Millionen oder mehr Nutzern. Durch das umfassende Löschen von Inhalten auf den betroffenen Plattformen werden kleinere Seiten mit weitaus weniger sozialer Kontrolle diese ungehindert in ihren Netzwerken ausstellen können. Die User werden dadurch in Filterblasen getrieben, die entgegen des eigentlichen Zwecks des NetzDG die gesellschaftliche Polarisierung vorantreiben.
4. Der Staat erzeugt den Anschein eines Zensurapparats, was gerade die Agitation von Populisten aus allen extremistischen Richtungen fördert und den politischen Randspektren Anlass zur Verwendung von Verschwörungstheorien gibt.
5. Die demokratisch gebotene politische Willensbildung des Volkes lebt von der Meinungsvielfalt und dem Austausch und der Durchsetzung von Meinungen. Die sozia-

len Netzwerke haben eine wesentliche Rolle innerhalb dieses Vorgangs angenommen und dürfen nicht dafür genutzt werden, unliebsame und unerwünschte Meinungen einzuschränken. In einer freien Demokratie darf es nicht zu Weltanschauungs- und Gesinnungsverboten kommen, sondern nur in äußersten Einzelfällen bei einer konkreten Gefahr für ein höheres Gut eingeschritten werden.

003

Antragsteller: KV Straubing/Regen/Deggendorf

1 **Praxisorientierte Pflegeausbildung – Gegen Akademisierung** 2 **und Generalistische Ausbildung in der Pflege**

- 3 Die Jungen Liberalen Niederbayern sprechen sich gegen die Akademisierung der
- 4 Weiterbildung in der Pflege und somit gegen den dualen Pflegestudiengang aus. Die
- 5 Weiterbildung muss praxisnah durch Seminare erfolgen.
- 6 Ebenso fordern die Jungen Liberalen Niederbayern die Abschaffung der Generalistischen
- 7 Pflegeausbildung.

Begründung:

In dem dualen Pflegestudium wird größtenteils Bürokratismus und Personalmanagement als „Weiterbildung“ gelehrt. Um Aufstiegschancen zu haben, muss man dies studiert haben.

In der Generalistischen Ausbildung werden die Alten-, Gesundheits- und Kranken- sowie die Gesundheits- und Kinderkrankenpflege vereint und Ausgebildete können in allen drei Richtungen angestellt werden. Um den Fachkräftemangel auszugleichen, werden Fachqualifikationen geopfert. Ebenso wird eine Ausbildung zum Altenpfleger Absolventen der Mittelschule versperrt.

1 **Schulsponsoring – #DenkenWirNeu!**

2 Die Jungen Liberalen Niederbayern fordern, dass Sponsoring an Schulen
3 bundeseinheitlich geregelt wird. Dies soll folgenden Grundregeln unterliegen:

- 4 - Aus unserer Sicht bestehen keine Probleme, wenn Schulen Sachleistungen von Or-
5 ganisationen, Unternehmen oder Einzelpersonen entgegennehmen, falls die Schul-
6 leitung und Schulaufsicht keine Einwände erhebt und zustimmen.
7 - Bei schulischen Veranstaltungen und Wettbewerben sehen wir keinen Bedarf,
8 Sponsoring zu beschränken.
9 - Die Lehrkräfte sollen im Rahmen der turnusgemäßen Fortbildungen einer Pflicht-
10 schulung unterliegen, die über die Mindestqualifikationen der eingesetzten Lehrmit-
11 tel aufklärt werden.

Begründung:

Schreibwettbewerbe, Schülerzeitschriften und Abschlussbücher, Schulen, Bücher und Materialien werden von Unternehmen gesponsert. Während Schulen von Interessensverbänden wie Bitkom ausgestattet werden und Amazon bei Wettbewerben Kindles verteilt, müssen Ministerien, Schulleitungen und Schulaufsichten die Grenzen ziehen, was legitim und was Marketing ist.

Im Netz sind über 800.000 kostenlose Lehrmaterialien verfügbar, welche fehlerhaft oder einseitig sein können. Ebenso kann man Stiftungen wie My Finance Coach als Ersatzlehrer in die Schule holen, welche dann Stunden halten.

005

Antragsteller: KV Landshut

1 **Normen von europäischen Verkehrssicherheitsvorschriften**

2 Wir, die Jungen Liberalen JuLis Niederbayern fordern, die Sicherheitsvorschriften für Autos
3 in Europa zu normen:

- 4 • Mitführen eines Erste-Hilfe Kastens, eine Sicherheitsweste pro zugelassenem Sitz-
5 platz und ein Warndreieck
- 6 • Scheinwerferlicht am Tag wird empfohlen
- 7 • Eventuelle weitere Sicherheitsbestimmungen

Begründung:

Derzeit gelten in ganz Europa unterschiedliche Vorgaben z.B. für Warnwesten, Warndreieck oder das Fahren mit Licht am Tag. Durch gleiche Normen in ganz Europa gäbe es keine Verwirrung mehr, was in welchem Land Pflicht ist. Ebenso würde man Rechtsbrüche verhindern.

1 Jäger und Sportschützen – Ab wann greift der Artenschutz?

2 Die Jungen Liberalen Niederbayern sprechen sich gegen eine Verschärfung des
3 Waffenrechts aus und setzen sich für Jäger, Sammler und Schützen ein. Wir fordern
4 ein ausgewogenes Waffenrecht mit folgenden Punkten:

5 1. Ausstellung von Jagd- und Waffenscheinen sowie Waffenbesitzkarten:

6 Wir unterstützen die EU bei dem Vorhaben, dass Personen, welche eine vorsätzliche
7 Gewaltstraftat begangen haben, die Ausstellung eines Scheins oder einer Besitzkarte
8 verwehrt werden soll. Hingegen lehnen wir die verdachtsunabhängigen psychologischen
9 Tests ab. Falls bei kontinuierlichen oder nichtkontinuierlichen medizinischen Überprüfung
10 jene Person psychisch auffällig ist, sei ein solcher Test Bedingung zur Ausstellung eines
11 Scheins oder Besitzkarte. Sollte sich jene Auffälligkeit als temporäre Anomalie
12 herausstellen, soll es wiederum möglich sein den Schein oder die Besitzkarte nach einer
13 Therapie wiederzuerlangen.

14 2. Erwerb und Besitz von Waffen:

15 Ab der Vollendung des 18. Lebensjahrs soll es möglich sein freie Waffen zu besitzen. Vor
16 dem Erwerb des kleinen Waffenscheins muss erst ein Waffensachkurs absolviert werden.
17 Jene Kurse sollen in Zusammenarbeit mit örtlichen Schützenvereinen vollzogen werden.

18 3. Lagerung von Waffen:

19 Wir sprechen uns gegen eine erneute Erhöhung der Schutzklassen aus und fordern, falls
20 jene Anforderungen wieder steigen, Bestandsschutz für alle Waffenschränke, welche sich
21 in Besitz von gemeinnützigen Organisationen wie Museen und Vereine oder
22 Privatpersonen befinden.

23 4. Bundeskompetenz:

24 Momentan fällt der legale Verkauf, Besitz und die Verwendung von Schalldämpfern in die
25 Zuständigkeit der Bundesländer. Diese Entscheidung soll an den Bund abgetreten werden
26 und der Schalldämpfer soll bundesweit legalisiert werden. Ebenso unterstützen wir die
27 Erstellung einer europäischen Datenbank für Feuerwaffen.

28 5. Kontrollen, Verstöße und Strafen:

29 Die Zuständigkeit für die Jagd muss bei den Landratsämtern liegen. Wir sprechen uns
30 gegen die verdachtsunabhängige Überprüfung der Aufbewahrungspflichten aus.
31 Verstöße gegen die Aufbewahrungspflichten werden als Straftaten behandelt. Diese sollen
32 als Ordnungswidrigkeiten gewertet werden. Darüber hinaus fordern wir die Einführung
33 eines Punktesystems nach Vorbild der Punkte in Flensburg.

34 6. Zukunft des Waffenrechts:

35 Im Rahmen der Verschärfung soll die EU-Kommission alle 5 Jahre einen Bericht zu den
36 Auswirkungen neuer Technologien wie z.B. die Auswirkungen des 3D-Drucks übermitteln.
37 Da der technologische Fortschritt der nächsten Jahre nicht absehbar ist, muss zweite Jahr
38 eine Studie erstellt werden, um mögliche Gefahren zu kategorisieren und
39 Präventivmaßnahmen ausarbeiten zu können.

Begründung:

Der Fokus der Sicherheitspolitik muss auf das Darknet, illegalen Waffenhandel und
Terrornetzwerke gelegt werden statt auf gesetzestreue Bürger. Dennoch wurde 2017 nach

mehreren Anschlägen das Waffenrecht verschärft. Dabei wird die Erstellung eines Überwachungssystems gefordert, bei dem Waffenbesitzer medizinisch und psychologisch untersucht werden.

Verstöße gegen die Aufbewahrungspflichten werden als Straftat geahndet. Bei einer Häufung von Fehlern und somit Verstößen, wäre, diese als Ordnungswidrigkeit zu betrachten, fahrlässig. Die Einführung eines Punktesystems löst solche Probleme und sorgt für mehr Gerechtigkeit, da „Wiederholungstäter“ ihren Schein oder Karte verlieren und Versehen nicht als Straftat angesehen werden.

Derzeit gibt es nur Bestandsschutz für Waffenschränke, welche „in Verwendung“ waren. Dies zu beweisen, ist meist vom Willen des Beamten abhängig.

Auf YouTube kursieren bereits einige Videos, welche Waffen aus dem 3D-Drucker zeigen. Dieses Problem wird von der Politik verschlafen.

1 #FreeDeniz - Wirtschaftssanktionen gegen die Türkei

2 Die Jungen Liberalen bedauern die Inhaftierung von Menschen in der Türkei aus Gründen,
3 welche willkürlich und eines Rechtsstaates unwürdig sind. Auch Bürger der EU werden
4 von diesen autokratischen Methoden nicht verschont - so z.B. der Welt-Reporter Deniz
5 Yücel.
6 Gleichzeitig lassen sich die europäischen Regierungen vom türkischen Autokraten
7 Erdogan aufgrund des Flüchtlingsdeals in eine Art Geiselhaft nehmen und weigern sich,
8 alle notwendigen Schritte zu unternehmen, ihre Bürger zu schützen und zurück zu holen.
9 Aus diesem Grund fordern die Jungen Liberalen neben dem Abbruch der EU-
10 Beitrittsverhandlungen:

- 11 1. die europäischen Präferenzabkommen mit der Türkei sind sofort aufzu-
- 12 kündigen.
- 13 2. die zeitweise Aussetzung des Assoziationsabkommens mit der Türkei.

14 Diese Forderungen sollen so lange durchgesetzt werden, bis die Türkei alle EU-Bürger
15 freigelassen hat und ihnen die Ausreise zurück in ihre Heimat gestattet.
16 Weiterhin muss Ankara darauf hingewiesen werden, dass sich eine Demokratie nicht von
17 Machtspielen beeindrucken lässt.

18 Die Bundesregierung muss ferner darauf hinweisen, dass sie die Menschenrechte nicht
19 nur für EU-Bürger gültig sieht. Aus diesem Grund soll der Türkei klar gemacht werden,
20 dass ihr Verhalten mit großem Argwohn beobachtet wird. Weitere Beitrittsverhandlungen
21 sind nur möglich, wenn die Türkei anfängt die Menschenrechte zu berücksichtigen.

Begründung:
Erfolgt mündlich